Geschlechterungleichheit, die Klimakrise und der Europäische Green Deal

Larissa Nenning

März 2022

EPSU
EUROPEAN PUBLIC SERVICE UNION

Die Klimakrise ist ein feministisches Thema

Die Klimakrise ist ein feministisches Thema, weil es hier um ungleiche Machtverhältnisse geht und auf diese Weise eine überschaubare Zahl von Konzernen und Nationalstaaten vom Zusammenbruch der Umwelt profitiert, während die Mehrheit der Menschen sich mit seinen verheerenden Auswirkungen auseinandersetzen muss. Ähnlich wie bei der COVID-19-Krise sind es in erster Linie Menschen ohne Macht und ohne Vermögen, die von Umweltzerstörungen und den Auswirkungen der Klimakrise am härtesten getroffen werden. Eine der Ungerechtigkeiten, die in der Klimakrise eine große Rolle spielt, ist die Geschlechterunterdrückung. Diese ungleichen Machtverhältnisse sorgen dafür, dass Frauen unverhältnismäßig stark von Armut und der Belastung durch unbezahlte Arbeit betroffen sind, dem Risiko geschlechtsspezifischer Gewalt ausgesetzt sind und deshalb die negativen Auswirkungen der Krise stärker zu spüren bekommen. Aber nicht alle Frauen sind in gleichem Maße verletzlich, da sie intern eine diverse Gruppe aufgrund weiterer struktureller Ungerechtigkeiten wie Klasse, ethnische Zugehörigkeit oder Behinderungen bilden. In Europa sind es besonders Migrantinnen, Women of Colour, LGBTQ+-Frauen und alleinerziehende Mütter (und diejenigen, die mehr als nur einer Gruppe zugehörig sind), die ein höheres Risiko für Armut und soziale Ausgrenzungen tragen und deshalb den verheerenden Auswirkungen von Klimakatastrophen und anderen Folgen des derzeitigen Klimakrisenmanagements wie steigenden Lebensmittel- und Energiepreisen stärker ausgesetzt sind.

Grenzen des Europäischen Green Deals: eine unzureichende Antwort auf Geschlechterungleichheit und die Klimakrise

Der Europäische Green Deal (EGD) ist ein umfassendes Klimaschutzprogramm, das 2019 von der Europäischen Kommission vorgestellt wurde und das Ziel verfolgt, bis 2050 Klimaneutralität zu erreichen und für ein „nachhaltiges Wirtschaftswachstum" zu sorgen. Zahlreiche Gewerkschaften, Stimmen aus der Wissenschaft und Organisationen für Klimagerechtigkeit haben kritisiert, dass der EGD in erster Linie eine Strategie für „grünes Wachstum" sei und nicht genügend finanzielle Mittel bereitstelle, das Ziel der Klimaneutralität nicht einmal unter Annahme eigener Berechnungen zu erreichen. Es wurde ebenfalls darauf hingewiesen, dass der EGD nicht näher auf Geschlechterungleichheit oder andere Ungleichheiten eingeht. Eine eingehende Analyse des Klimagesetzes, der Klimaanpassungsstrategie und des Fonds für den gerechten Übergang aus feministischer Perspektive zeigt, dass in diesen Texten zwar bestehende Ungerechtigkeiten auch im Hinblick auf Genderthemen angesprochen werden, der Anspruch allerdings, dass dies ein Maßnahmenpaket für einen „gerechten und inklusiven Übergang" sei, ist eine deutliche Übertreibung.

Zwar beziehen sich das Klimagesetz und die Anpassungsstrategie auf Probleme wie Ernährung- und Energiearmut, dabei wird aber nicht bedacht, dass dies in erster Linie und in unverhältnismäßiger Weise ältere Frauen, alleinerziehende Mütter und Migrantenfamilien betrifft. Beide Initiativen zeichnen sich deshalb durch die Abwesenheit ernsthafter politischer Verpflichtungen und Agenden aus, die eigentlichen Ursachen dieser Probleme anzugehen, zum Beispiel die steigenden Lebensmittel- und Energiepreise als Folge der liberalisierten Energiemärkte, geringe Einkommen, geschlechtsspezifisches Lohngefälle, unzureichend isolierte Häuser sowie fehlende soziale Absicherung gegen Armut und bei Verlust des Arbeitsplatzes. Das erst vor kurzem vorgestellte „Fit for 55"-Gesetzgebungspaket mit seinem neuen Klima-Sozialfonds und der Revision der

Energieeffizienzrichtlinie scheint konkretere Strategien für eine Bekämpfung der Energiearmut zu enthalten, muss aber noch angenommen werden.

Der EGB zeigt insgesamt wenig Interesse an Arbeitnehmerthemen und an der von Frauen geleisteten Arbeit. Zwar weist die Anpassungsstrategie darauf hin, dass die Klimakrise potenziell negative Auswirkungen auf die Arbeitsbedingungen haben könnte, und sie erwähnt auch die zu erwartende Überlastung öffentlicher Gesundheitssysteme, geht aber hierzu keine konkreten Verpflichtungen ein. So werden zum Beispiel die negativen Folgen ständig wiederkehrenden Klimakatastrophen auf die Beschäftigten in den öffentlichen Diensten, die bei der Anpassung an den Klimawandel eine wichtige Rolle spielen und zu denen Feuerwehren, die Wasserversorgung und die Entsorgungswirtschaft gehören, nicht berücksichtigt. Geschlechtsspezifische Einkommens- und Vermögensungerechtigkeiten, schlechte Arbeitsbedingungen und die Belastungen durch unbezahlte Arbeit, durch die Frauen als Arbeitnehmer/-innen und Verbraucher/-innen stärker von den negativen Auswirkungen der Klimakrise betroffen werden, finden überhaupt keine Erwähnung.

Der EU-Fonds für den gerechten Übergang enthält noch den explizitesten Anspruch auf die Förderung der Geschlechtergleichheit und eröffnet Mitgliedstaaten die Möglichkeit, den Fonds für Investitionen in Pflege- und Betreuungseinrichtungen für Kinder und ältere Menschen zu verwenden. Allerdings sind die dem Fonds insgesamt zur Verfügung gestellten Finanzmittel bei weitem nicht ausreichend, um auch nur einen kleinen Teil der Kosten für die aufgeführten wichtigen Optionen zu übernehmen, so dass eher nicht damit zu rechnen ist, dass Investitionen in Pflegeeinrichtungen Vorrang vor anderen konkurrierenden politischen Prioritäten haben.

Im Hinblick auf die politische Entscheidungsmacht zeigt der EGD weiterhin ein nur geringes Verständnis dafür, was ein „gerechter und inklusiver Übergang" eigentlich bedeuten soll. Zwar werden die Gewerkschaften indirekt einige Male als Sozialpartner erwähnt, aber ihre Rolle bei der Verhandlung und Umsetzung gerechter Übergänge wird im Klimagesetz, der Anpassungsstrategie oder dem EU-Fonds für den gerechten Übergang nicht näher spezifiziert. Was das Genderthema angeht, ist die einzige konkrete politische Maßnahme eine Genderquote für den neuen wissenschaftlichen Beirat für Klimaschutz, wie er im Klimagesetz vorgesehen ist. Das eigentliche Ziel des EGD scheint in der Bewahrung des politischen Status quo zu bestehen und nicht darin, eine umfassende Umverteilung politischer Macht an berufstätige Frauen und andere marginalisierte Gruppen anzustreben.

Wie könnte ein feministischer gerechter Übergang aussehen?

Eine wichtige Prämisse von Rahmenregelungen für einen gerechten Übergang besteht darin, dass das Wohlbefinden der Arbeitnehmer/-innen und der Umweltschutz nicht gegeneinander ausgespielt werden dürfen, sondern gemeinsam als Teil einer öko-sozialen Transformation gedacht werden müssen. Wie auch die IAO-Leitlinien für einen gerechten Übergang anerkennen, muss in diesem Kontext auch das Problem der Geschlechterungleichheit gelöst werden.

Die Befürworter/-innen eines gerechten Übergangs unterscheiden oft zwischen ergebnisorientierter Gerechtigkeit (distributive Gerechtigkeit) wie sichere, umweltfreundliche Arbeitsplätze und soziale Absicherung gegen Einkommensverluste und Armut, sowie prozessorientierter Gerechtigkeit (prozedurale Gerechtigkeit) wie die Ausweitung demokratischer Entscheidungsbefugnisse von

Gewerkschaften und individiuellen Bürger/-innen. Dies ist eine hilfreiche Unterscheidung, um die Defizite bestehender Politiken zu analysieren und um bessere Strategien zu entwerfen. Sie sind jedoch nicht ausreichend, da eine reparative Gerechtigkeit ebenfalls eine entscheidende Komponente der Klimagerechtigkeit ist und es verdient, dass wir uns näher damit befassen.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt gibt es zahlreiche geschlechtsspezifische Ungleichheiten in der Produktion und beim Verbrauch, die von der Klimakrise bestimmt werden. Die Sektoren Energie und Gesundheit bieten hier zwei Beispiele:

- Die Beschäftigten in der Energiewirtschaft, um die es in den Diskussionen über den gerechten Übergang oft geht (zumal die Dekarbonisierung der Energieerzeugung eine der zentralen Herausforderungen unserer Zeit ist), sind in erster Linie männlichen Geschlechts. Für diese Belegschaften ist der Zugang zu Umschulungen, sozialer Absicherung und guten „grünen Arbeitsplätzen" im Sektor der erneuerbaren Energien ein wichtiges Ziel des gerechten Übergangs, für das sich viele Gewerkschaften mit ihren Kampagnen einsetzen. Es sollte aber auch der Verbraucherseite mehr Aufmerksamkeit zukommen, denn dort haben die steigenden Preise auch die Energiearmut ansteigen lassen, die Frauen bereits jetzt in unverhältnismäßiger Weise betrifft.

- Ähnlich wie im Energiesektor bedarf es auch im Gesundheitssektor zusätzlicher Investitionen, um den Klimawandel zu bewältigen. Im Gesundheits- und Sozialwesen, das aller Voraussicht nach infolge der Auswirkungen des Klimawandels weiter expandieren wird, arbeiten in Europa zu 78 % Frauen, davon ist die Mehrheit in Niedriglohnberufen tätig, und viele von ihnen sind Migrantinnen. Gleichzeitig lässt sich nachweisen, dass weltweit mehr Frauen als Männer bei Klimakatastrophen wie Dürren, Überschwemmungen und Bränden ums Leben kommen. Europäische Studien haben festgestellt, dass bei Hitzewellen meistens ältere Frauen zu den Todesopfern gehören. Klimakatastrophen werden auch mit zunehmender sexualisierter und geschlechtsspezifischer Gewalt gegen Frauen und Angehörige der LGBTQ+Community in Verbindung gebracht, da sie eher von Vertreibungen und Ausschluss aus der Gesundheitsversorgung betroffen sind.

Ein feministischer gerechter Übergang erfordert ambitionierte politische Verpflichtungen, die über den derzeitigen Status quo des Europäischen Green Deals hinausgehen. Dazu gehören öffentliche Investitionen für bessere Arbeitsplätze im Gesundheits- und Sozialsektor, vorbeugende Maßnahmen gegen geschlechtsspezifische Gewalt und Schutz für betroffene Frauen, öffentliche Pflege- und Betreuungsdienste für Kinder und ältere Menschen, soziale Absicherung gegen Armut und Einkommensverluste (auch für Migrierte) und eine entscheidende Politik für den gerechten Übergang und gegen Geschlechterungerechtigkeiten bei gleichzeitiger Verringerung der CO_2-Emissionen und der Anpassung an den Klimawandel.

Es wird eine Vielzahl politischer Debatten, Kampagnen und Verhandlungen auf globaler, europäischer, nationaler und lokaler Ebene erforderlich sein, damit bessere politische Entscheidungen für spezifische Kontexte getroffen werden können. Zu den entscheidenden Fragen, um Strategien für den gerechten Übergang im Hinblick auf ihre geschlechtsspezifischen Auswirkungen beurteilen zu können, gehören:

- *Wie erkennt die Politik geschlechtsspezifische Unterdrückung und den bestehenden Zusammenhang mit der Klimakrise? Dazu gehört auch die Frage, inwiefern Frauen davon in anderer Weise und abhängig von Ungleichheiten aufgrund von Klasse, ethnischer Zugehörigkeit, Behinderungen oder anderer Ungerechtigkeiten betroffen sind.*

- *Wie verändern oder verstärken politische Maßnahmen die schlechteren Arbeitsbedingungen und Chancen von Frauen in der Erwerbsarbeit und die daraus resultierenden geschlechtsspezifischen Ungleichheiten bei Einkommen und Vermögen?*

- *Wie verändern oder verstärken politische Maßnahmen die Bedingungen der sozialen Reproduktionsarbeit, insbesondere die geschlechtsspezifische Aufteilung der unbezahlten und schlecht bezahlten Pflegearbeit?*

- *Wie verändert die Politik die Verteilung des Eigentums zwischen dem öffentlichen und dem privaten Sektor, und welche Folgen hat dies für die Arbeitsbedingungen von Frauen?*

- *Wie adressiert oder verstärkt die Politik strukturellen Rassismus (von dem Women of Colour betroffen sind) einschließlich Umweltrassismus und Abhängigkeiten des globalen Südens vom globalen Norden?*

- *Entwickeln sich politische Prozesse in Richtung einer Demokratisierung der Entscheidungsfindung durch Umverteilung der Macht an Frauen, People of Colour und andere Randgruppen?*

- *Wie involvieren politische Prozesse kollektive Akteure wie Gewerkschaften, Bewegungen für Klimagerechtigkeit und feministische Organisationen in die Entscheidungsfindung?*

Schlussfolgerung

Da die Klimakrise marginalisierte Bevölkerungsgruppen am härtesten trifft, müssen sich fortschrittliche politische Antworten nicht nur auf die Verringerung der CO_2-Emissionen konzentrieren, sondern diese Maßnahmen auch so orchestriert werden, dass auch bestehende Geschlechterungerechtigkeiten und damit zusammenhängende strukturelle Ungleichheiten wie Klasse, ethnische Zugehörigkeit und Behinderungen behoben werden. Die Analyse des Klimagesetzes, der Anpassungsstrategie und des Fonds für den gerechten Übergang hat gezeigt, dass der Europäische Green Deal diese sozialen Ungerechtigkeiten nicht ausreichend berücksichtigt und keine konkreten politischen Maßnahmen vorsieht, um sie zu beseitigen, da er allein auf der zu eng gefassten Vorstellung eines „gerechten und inklusiven Übergangs" beruht. Da die Organisation der Erwerbsarbeit und der unbezahlten Arbeit, die Verteilung von Einkommen, Vermögen und politischer Macht entlang geschlechtsspezifischer Trennlinien verläuft, muss ein gerechter Übergang feministisch sein in dem Sinn, dass dieses Ungleichgewicht der Macht durch kollektive Maßnahmen an der Wurzel beseitigt wird.

EPSU

EUROPEAN PUBLIC SERVICE UNION

Der **EGÖD** ist der **Europäische Gewerkschaftsverband für den öffentlichen Dienst** und das größte Mitglied des EGB. Er vertritt 8 Millionen Beschäftigte im öffentlichen Dienst in mehr als 260 Gewerkschaften. Wir organisieren ArbeitnehmerInnen in der Energie- und Wasserversorgung, in der Abfallwirtschaft, im Gesundheits- und Sozialwesen, in den Kommunalverwaltungen und in der staatlichen Verwaltung in allen europäischen Ländern einschließlich der östlichen Nachbarländer der EU. Der EGÖD ist die anerkannte Regionalorganisation der Internationale der Öffentlichen Dienste (IÖD).

www.epsu.org